

PARLAMENTSDIENST	
E	02. Okt. 2023

## Postulat: Bevölkerungsschutz stärken

Gestützt auf Artikel 44 der Geschäftsordnung des Landtages vom 19. Dezember 2012, Landesgesetzblatt 2013 Nr. 9, reichen die unterzeichneten Abgeordneten folgendes Postulat ein und stellen Antrag, der Landtag wolle beschliessen:

**Die Regierung wird eingeladen zu prüfen, welche Massnahmen auf Landes- und Gemeindeebene nötig sind, um die Einwohner – im Speziellen Jugendliche und junge Erwachsene – für das Thema Bevölkerungsschutz zu sensibilisieren und den Bevölkerungsschutz leistenden Organisationen zu erleichtern, dringend notwendiges Personal zu rekrutieren. Besonders soll geprüft werden, welche Modelle (freiwillig und verpflichtend) sich für Liechtenstein eignen würden, um die notwendigen personellen Ressourcen für den Katastrophenfall (Stichwort: Sollbestand für Hilfsorganisationen) sicherzustellen.**

**Weiter soll geprüft werden wie der Bevölkerungsschutz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Funktionsfähigkeit des Staates verbessert und wie in Krisensituationen eine verbindliche, koordinierte und effektive Zusammenarbeit sowohl mit Nachbarstaaten wie auch zwischen verschiedenen staatlichen Stellen, Behörden, Organisationen und der Bevölkerung optimiert werden kann.**

**Weitere wichtige Punkte bei dieser Prüfung sollen auch die Resilienz Liechtensteins bei Engpasslagen, Blackouts, Cyberangriffen und die Wiederbelebung sistierter Schutzraumkonzepte sein, um die Auswirkungen zu minimieren, schnelle Lösungen zu finden und die Gesellschaft effektiv zu schützen. Wie könnte durch Investitionen in präventive Massnahmen, Notfallpläne und Verbindlichkeiten die Resilienz gestärkt werden, um den zukünftigen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen? Wie können Engagierte in der Vereinbarkeit von Hilfsorganisation und Beruf entlastet werden?**

### **Begründung:**

Die Geschichte sozialer und politischer Bewegungen ist untrennbar verbunden mit dem Vereinswesen – vom Alpenverein über Sportclubs über die Pfadfinder bis zu den Hilfswerken. Ja sogar die Politik lebt von freiwilligem Engagement, weil sich die Zahl der professionellen Politiker in engen Grenzen hält. Neben der Schweiz verfügt auch Liechtenstein über eine starke Milizstruktur. Auch in den verschiedenen Bereichen des Bevölkerungsschutzes. Die Fachgruppe Gemeindeschutz arbeitet an Grundleistungen

des Bevölkerungsschutzes (Notfalltreffpunkte NTP, Evakuierungen, Notunterkünfte/Betreuung, Verpflegung) in den Gemeinden.

Im Rechenschaftsbericht 2022 heisst es dazu:

*«Vor dem Hintergrund einer sich bereits im Sommer abzeichnenden Energiemangellage und dem damit einhergehenden Szenario eines Ausfalls der Telefonie, stand die Einführung der NTP unter zeitlichem Druck. Als anspruchsvoll erwies sich für die Gemeinden die Rekrutierung des erforderlichen Personals. Dennoch gelang es bis Ende des Jahres 210 Gemeindefürsprecher zu rekrutieren und 140 von ihnen das notwendige Rüstzeug zur Inbetriebnahme von NTP zu vermitteln.»<sup>1</sup>*

Das ist erfreulich. Diese Zahlen dürften aber – selbst wenn man Feuerwehren, Zivilschutz etc. dazu zählt, die in Notlagen bereit sind – bei schweren Ereignissen kaum ausreichend sein. In ihrer im Juni 2023 veröffentlichten Publikation «Bevölkerungsschutz. Was bedroht, wer schützt?» stellt die Stiftung Zukunft.li treffend fest:

*«Liechtenstein kann dank Abkommen mit den Nachbarländern im Krisenfall auf Hilfe zählen, die allerdings auf Freiwilligkeit beruht. Um Hilfe von anderen Ländern zu erhalten, muss Liechtenstein beweisen können, selbst optimal für Krisen vorgesorgt zu haben. Anders als die Nachbarländer kennt Liechtenstein keine Militär- oder Zivilschutz-Dienstpflicht, es stehen daher weit weniger ausgebildete Einsatzkräfte zur Verfügung.»<sup>2</sup>*

Es gilt zu eruieren, wie der Stand bzgl. Sollbestand bei Hilfsorganisationen ist und welche Möglichkeiten bestehen, um das zivile Engagement der Bevölkerung verbindlich zu verbessern: Wie viele aktive Feuerwehrleute, Samariter, Gemeindefürsprecher etc. brauchen wir idealerweise pro 1000 Einwohner, um die Funktionsfähigkeit dieser Organisationen sicherzustellen? Wo stehen wir diesbezüglich?. Einen Sollbestand zu erreichen kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Ein Blick über den Rhein zeigt, dass hier die Pflicht, für sein Land zu dienen, fest institutionalisiert ist. Männer mit Schweizer Bürgerrecht, die keinen Militärdienst und keinen Zivildienst leisten, unterliegen der Schutzdienstpflicht und müssen somit Zivilschutz machen. Zivilschutzaktivitäten sind vielfältig und situationsabhängig. Dazu gehören: bei Katastrophen mithelfen, bei Grossanlässen Sicherheit darbieten oder Hilfsdienste für Menschen mit Handicap zu absolvieren.

---

<sup>1</sup> Landtag, Regierung und Gerichte 2022 (Rechenschaftsbericht), S. 287. URL: [https://www.llv.li/serviceportal2/amtstellen/stabstelle-regierungskanzlei/rechenschaftsbericht\\_2022-web.pdf](https://www.llv.li/serviceportal2/amtstellen/stabstelle-regierungskanzlei/rechenschaftsbericht_2022-web.pdf)

<sup>2</sup> Stiftung Zukunft.li, «Bevölkerungsschutz. Was bedroht, wer schützt?», S. 7. URL: [https://www.stiftungzukunft.li/application/files/8216/8569/4220/WEB\\_StiftungZukunft\\_Focus\\_Bevoelkerungsschutz\\_inhaltv0.9no.pdf](https://www.stiftungzukunft.li/application/files/8216/8569/4220/WEB_StiftungZukunft_Focus_Bevoelkerungsschutz_inhaltv0.9no.pdf)

Die Möglichkeiten, wie sich Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Freizeit beschäftigen können, sind heute grenzenlos. Man trifft auf ein nicht enden wollendes Spektrum an Vereinen und auch individuellen Tätigkeiten, mit der man seine Freizeit verbringen kann. Dabei rückt das freiwillige Engagement für die Bevölkerung angesichts von Individualisierungstendenzen gefühlt immer weiter in den Hintergrund. Feuerwehren sind wohl noch löbliche Ausnahmen, die, auch mit regelmässigen aufwändigen Werbekampagnen, erfolgreich auf Mitgliedersuche gehen. Dabei haben es die Feuerwehren relativ leicht, ihre Aktivitäten zu beschreiben und dabei bei den Adressaten der Botschaft auf offene Ohren zu stossen. Bei anderen Vereinen und Organisationen sind die Tätigkeiten nicht so bekannt. Deshalb stellen sich Fragen, wie man diese Tätigkeiten den Jugendlichen vermitteln kann. Wären Pflichtlektionen oder Sonderwochenprojekte in der Schule denkbar, damit Schülerinnen und Schüler die Tätigkeiten der verschiedensten Zivilschutzeinrichtungen kennenlernen und damit selbst einen besseren Zugang zu diesen Institutionen finden? Wäre gar ein verpflichtendes mehrmonatiges «Bevölkerungsschutz-Praktikum» denkbar, um die jungen Menschen für die Themen zu sensibilisieren?

Engagement hängt mit Bekanntheit zusammen. Ich werde mich nicht in einem Verein engagieren, den ich nicht kenne. Ein Vergleich: Während einer Fussball-Weltmeisterschaft ist die Sportart Fussball in aller Munde. Dasselbe ist auch zwei Jahre danach der Fall, wenn die Europameisterschaft stattfindet. Es ist kein Zufall, dass die Fussballvereine sich in Jahren einer WM oder EM am leichtesten tun, ihren Nachwuchs zu rekrutieren. Deshalb könnten sich die Postulanten auch vorstellen, dass eine Institutionalisierung der Bekanntmachung der Bevölkerungsschutzaufgaben und -institutionen auch zu einer erfolgreicherer Rekrutierung bei den Jugendlichen führen wird.

Auf den Seiten 80 bis 92 kommt die Stiftung Zukunft.li auf mögliche freiwillige und verpflichtende Modelle für Liechtenstein zu sprechen. Darunter finden sich ein obligatorischer Bürgerdienst, Obligatorischer Zivil-/Katastrophenschutz, Bevölkerungsschutzausbildung und Reservistenpool und Freiwillige Grundausbildung mit Reservistenpflicht.

Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung verschärfen Risiken wie Extremwetter-Ereignisse, Pandemien und Cyber-Attacken. «Während die Feuerwehren relativ gut ausgebildet und ausgestattet sind, offenbaren sich in anderen Bereichen des Bevölkerungsschutzes personelle Lücken», heisst es in der Studie von Zukunft.li. Es sei unerlässlich, diese Lücken zu schliessen, um den Schutz der Bevölkerung im Krisenfall verantwortungsvoll wahrzunehmen. «Wenn Liechtenstein bei einem grossen Ereignis der Nachbarländer um Hilfe ansucht, sollte es nachweisen können, dass es im Rahmen seiner Möglichkeiten für Notlagen vorgesorgt hat.»<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Stiftung Zukunft.li, «Bevölkerungsschutz. Was bedroht, wer schützt?», S. 93.

Zukunft.li empfiehlt einen «Freiwilligen Bevölkerungsschutz Liechtenstein», um den Bedürfnissen gerecht zu werden und über einen Reservistenpool zu verfügen. Mit zu erwartenden personellen Sollbeständen soll die Erfolgskontrolle gelingen. Falls die Sollbestände nicht erreicht werden, ist zu definieren, ob es für gewisse Personengruppen ein Obligatorium geben muss.

Die Postulanten teilen grundsätzlich diese Bestrebungen. Bei der Postulatsbeantwortung bitten die Postulanten die Regierung deshalb zu skizzieren, wie ein Aufbau einer solchen Organisation vonstatten gehen könnte und zu beurteilen, wie die Regierung zu derlei Bestrebungen steht.

Die Zivilschutzorganisationen und das freiwillige Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner sind für die Sicherheit, den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer Gesellschaft zentral. Deshalb halten es die Postulanten für angezeigt, dass die Politik hier die Initiative ergreift und falls nötig die Zivilgesellschaft in die Pflicht zu nehmen, ihren Beitrag zum Wohle Liechtensteins zu leisten.

Der Bevölkerungsschutz ist von entscheidender Bedeutung für ein Land. Es umfasst alle Massnahmen und Vorkehrungen, die ergriffen werden, um die Sicherheit, das Wohlbefinden und die Resilienz der Bevölkerung in Notfällen, Krisen und Katastrophen zu gewährleisten.

Der Bevölkerungsschutz hat aber auch weitere wichtige Aspekte. Erstens dient er dem Schutz und der Sicherheit der Menschen vor Bedrohungen wie Naturkatastrophen (z.B. Erdbeben, Überschwemmungen, Stürme), technologischen Gefahren (z.B. Chemieunfälle, Atomkatastrophen) und gesellschaftlichen Risiken (z.B. Terrorismus, Pandemien). Durch geeignete Vorbereitung, Frühwarnsysteme, Evakuierungspläne und Rettungsmassnahmen können Menschenleben gerettet und Schäden minimiert werden.

Zweitens trägt der Bevölkerungsschutz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Funktionsfähigkeit des Staates bei. In Krisensituationen ist eine koordinierte und effektive Zusammenarbeit zwischen verschiedenen staatlichen Stellen, Behörden, Organisationen und der Bevölkerung selbst von entscheidender Bedeutung. Der Bevölkerungsschutz koordiniert diese Bemühungen und stellt sicher, dass Ressourcen und Hilfe effizient eingesetzt werden.

Drittens fördert der Bevölkerungsschutz das Bewusstsein und die Vorbereitung der Bevölkerung auf mögliche Notfälle. Durch Bildungs- und Informationskampagnen können Menschen über Risiken und Schutzmassnahmen informiert werden, um im Ernstfall angemessen zu handeln. Dies stärkt die Resilienz der Bevölkerung und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen in Krisensituationen sicher handeln können.

Insgesamt ist der Bevölkerungsschutz also von grosser Bedeutung, um Menschenleben zu schützen, Schäden zu minimieren, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und die Resilienz der Bevölkerung zu stärken. Regierungen und

Behörden sollten in angemessene Ressourcen und Massnahmen investieren, um den Bevölkerungsschutz zu gewährleisten und die Sicherheit Liechtensteiner Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

Aus der Sicht der Postulanten gilt es diese Resilienz weiter zu verbessern und bei der in Zukunft erhöhten Eintrittswahrscheinlichkeit von zivilisationsbedingten Gefahren, Engpasslagen, Blackouts, Cyberangriffen und mittels Schutzraumkonzepten besser vorbereitet zu sein.

Engpasslagen: In Zeiten von Engpässen, sei es bei der Versorgung mit Energie, Wasser oder anderen lebenswichtigen Ressourcen, ist Resilienz von entscheidender Bedeutung. Eine widerstandsfähige und gut vorbereitete Gesellschaft kann sich anpassen, alternative Lösungen finden und auf diese Engpässe reagieren. Resilienz hilft dabei, die Auswirkungen von Engpässen zu minimieren und eine effektive Bewältigung zu gewährleisten.

Blackouts: Bei Stromausfällen können ganze Gemeinschaften betroffen sein, was zu erheblichen Störungen führen kann. Resilienz ist wichtig, um die Auswirkungen von Blackouts zu mildern und die schnelle Wiederherstellung der Stromversorgung zu ermöglichen. Durch alternative Energiequellen, Notstromgeneratoren und Pläne zur Priorisierung kritischer Infrastrukturen, dem Ausbau von Redundanzen und mit verbindlichen Abkommen sowohl mit der Schweiz als auch mit der EU, kann eine widerstandsfähige Gesellschaft besser auf solche Situationen reagieren. Wichtige Dienste der Energieversorgung insbesondere von kritischen Infrastrukturen müssen definiert sein und die Versorgungsunternehmen sind mittels definierten und verbindlichen Unterstützungsmassnahmen einzubeziehen.

Cyberangriffe: In einer zunehmend vernetzten Welt sind Cyberangriffe eine reale Bedrohung. Resilienz ist von grosser Bedeutung, um solche Angriffe zu erkennen, ihnen vorzubeugen und schnell darauf zu reagieren. Eine widerstandsfähige Gesellschaft verfügt über robuste IT-Systeme, effektive Sicherheitsmassnahmen und Pläne zur Wiederherstellung von Daten und Diensten nach einem Angriff. Die Schweiz hat dafür ein nationales Zentrum für Cybersicherheit NCSC mit 40 Mitarbeitern geschaffen. Liechtenstein hat im März 2022 die Stabstelle Cybersicherheit gegründet und ein Cyber-Sicherheitsgesetz verabschiedet. Die Umsetzung der NIS-Richtlinien sieht vor, dass der Staat Organisationen und Unternehmen, die wichtige Dienste für die Gesellschaft oder Wirtschaft erbringen, Sicherheitsstandards vorgeben kann und kritische Vorfälle melden muss. Solche Verbindlichkeiten können im Notfall entscheidend sein. Liechtenstein soll die Zusammenarbeit mit der Schweiz und der EU stärken und könnte auch mittels Unterstützungshilfen für Startups im Bereich der Cyber-Sicherheit die Ansiedlung und mögliche Unterstützungsleistungen solcher Unternehmen fördern.

Wiederbelebung sistierter Schutzraumkonzepte: Schutzräume spielen eine wichtige Rolle im Bevölkerungsschutz, insbesondere in Krisenzeiten wie Kriegen oder terroristischen Anschlägen. Wenn ein Schutzraumkonzept nicht mehr aktiv genutzt

wird, kann es entscheidend sein, die Resilienz dieser Einrichtungen wiederherzustellen. Dies umfasst die regelmässige Wartung und Überprüfung der Ausstattung, die Schulung von Personal und die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Existenz und die Nutzung dieser Schutzräume. Liechtenstein verfügt über ein brachliegendes Potential bestehender Schutzräume, verfügt aber weder über genügend Schutzräume noch einen Zuweisungsplan. Diese im Jahr 2016 beschlossene Abkehr vom bisherigen Schutzraumkonzept, soll einer neuen Beurteilung unterzogen werden. Die Regierung hatte im Dezember 2022 bereits erklärt, die Grundlagen dafür einer Analyse zu unterziehen und allenfalls anzupassen.

Insgesamt ist Resilienz bei Engpasslagen, Blackouts, Cyberangriffen und auch die Wiederbelebung sistierter Schutzraumkonzepte von grosser Bedeutung, um die Auswirkungen zu minimieren, schnelle Lösungen zu finden und die Gesellschaft effektiv zu schützen. Durch Investitionen in präventive Massnahmen, Notfallpläne und Schulungen kann die Resilienz gestärkt werden, um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

Eine gründliche Analyse der potenziellen Risiken und Bedrohungen ist der erste Schritt. Es ist wichtig, die spezifischen Gefahren zu identifizieren, denen das Land ausgesetzt sein könnte, sei es aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Infrastruktur oder anderer Faktoren. Eine umfassende Risikoanalyse ermöglicht es, die Vorbereitungsmaßnahmen gezielt auf die identifizierten Risiken auszurichten.

Die Studie der Stiftung Zukunft Liechtenstein im Fokus zum Bevölkerungsschutz zeigt viele weitere Massnahmen zur Vorbereitung und Prävention und sollen Teil eines umfassenden Ansatzes für den Bevölkerungsschutz sein. Es ist wichtig, kontinuierlich in diese Bereiche zu investieren, um die Resilienz des Landes zu stärken und auf mögliche Krisensituationen vorbereitet zu sein.

Im Kapitel 14 der erwähnten Studie wird ausgeführt, dass die liechtensteinischen Hilfs- und Rettungsorganisationen zwar normale Lagen gut bewältigen können, bei besonderen und ausserordentlichen Lagen aber rasch an ihre Grenzen stossen. Durch die Kleinheit des Landes sei es auch bei bester Vorbereitung unrealistisch, Grossereignisse ohne Hilfe aus dem Ausland zu bewältigen. Dies entbinde den Staat und die Gesellschaft jedoch nicht von ihrer Verantwortung. Liechtenstein könne Solidarität von seinen Nachbarn nur dann erwarten, wenn es im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst bestmöglich vorsorgt.

Liechtenstein hätte im Kontext des möglichen Verbesserungspotentials und einer Professionalisierung im Bevölkerungsschutzes für Liechtenstein, zudem dieses Potential möglicher Hilfeleistungen bei Katastrophenfällen im Gegenzug auch unseren angrenzenden Nachbarstaaten anzubieten.

Geschätzte Regierung, sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete, lassen Sie und diesen politischen Vorstoss helfen, die Landesresilienz zu stärken, indem er konkrete Massnahmen und Strategien fördert, die auf die Verbesserung der

Vorbereitung und Reaktion in Krisensituationen abzielen und einen Optimierungsprozess für unser Land anstossen.

*Vaduz, 4. September 2023*

Die Postulanten:

Die Postulanten:

Peter Frick

Günter Vogt

Dagmar Bittler-Nigisch

Manio Hohlwieser

Gunilla Marxer-Kranz

Walter Frick

Dietmar Lampert

Karina Heidegger

Manfred Kaufmann

Thomas Vogt

Patrick P. Sch